

## Das Land soll auch mitzahlen

**Noch ist nicht klar, ob und wie viele Hipo-Stellen geschaffen werden. Derzeit hält sich der Vandalismus aber auch in Grenzen.**

Schwalbach. Die SPD stellt sich in einer ersten Reaktion der Fraktionen nach dem Veto von Bürgermeisterin Christiane Augsburgers voll hinter die Rathauschefin und Parteifreundin und lobt ihre Entscheidung. Augsburgers hatte – wie berichtet – gegen den Mehrheitsbeschluss des Haupt- und Finanzausschusses, weiterhin «Schwarze Sheriffs» auf Streife zu schicken, Widerspruch eingelegt. Die schwarz-grüne Koalition und die FDP hatten sich gegen die Stimmen von SPD und UL dafür ausgesprochen. Das Parlament muss nun noch einmal neu entscheiden.

Die SPD plädiert in diesem Zusammenhang dafür, dem Vorschlag der Magistratsvorlage auf ganzer Linie zu folgen und vier neue Stadtpolizisten einzustellen. Drei Hipos stehen schon im Dienst der Stadt. Die gut ausgebildeten Stadtpolizisten unterstützen dem Rathaus und könnten deshalb anders als die Schwarzen Sheriffs nicht nur hoheitliche Aufgaben wahrnehmen, sondern auch datenschutzrechtlich abgesichert mit der Polizei zusammenarbeiten, betont die SPD. Weil die Stadtpolizisten zum Teil Aufgaben der Vollzugspolizei übernehmen, sollte sich das Land Hessen aber an den Kosten beteiligen, meinen die Sozialdemokraten. Der Schacher um die Anzahl der Stellen, welche für die Stadtpolizei geschaffen werden könnten, ist damit schon in vollem Gange, noch bevor überhaupt ein neuer Parlamentsbeschluss dafür existiert. Die UL sieht es wie die SPD: Sie möchte, dass das Land Hessen finanziell mit ins Boot geholt wird. In einem Änderungsantrag zur Magistratsvorlage regt die UL nun an, zusammen mit der Polizei ein Konzept für nur zwei bis drei neue Hipo-Stellen zu erarbeiten, das als Modellprojekt auf drei Jahre befristet sein soll. Die grüne Fraktionschefin Barbara Blaschek-Bernhardt hatte bereits angedeutet, dass eine neue Stadtpolizeistelle für den kleineren Koalitionspartner denkbar sei.

## CDU berät intern

Die CDU will sich vor einem parteiinternen Gespräch in der nächsten Woche nicht zu dem Thema äußern. Der Fraktionschef der FDP hatte schon in der HFA-Sitzung gesagt, dass seine Partei eine interkommunale Zusammenarbeit mit Nachbarorten beim Thema Sicherheitsstreifen für das Sinnvollste hält. Zu der Kritik der Koalition, dass zur Zeit eine Sicherheitslücke in Schwalbach klaffe, weil momentan keine Streifengänge gelaufen werden, hat Augsburgers kürzlich Stellung genommen. Sie sagt, dass wegen der winterlichen Temperaturen das Vandalismus-Problem momentan nicht akut sei. Vom Zeitplan her sei es möglich, die Ausschreibung für die Stadtpolizeistellen binnen acht Wochen durchzuführen, so Augsburgers. Wie schnell es tatsächlich geht, hängt nun auch davon ab, ob das Parlament schon in der März-Sitzung eine Entscheidung trifft. ku